

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie

Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen in demokratische Institutionen¹

Jakob Kapeller

Im folgenden Beitrag geht es um Theorie und Empirie gegenwärtiger Verteilungstendenzen. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit es zu einer Refeudalisierung entwickelter Gesellschaften kommt und welche Gefahren für die Demokratie damit verbunden sind: Werden Klassengegensätze und materielle Ungleichheit größer? Wie verstärken verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit einander? Und was bedeutet steigende Ungleichheit für die Demokratie?

Refeudalisierung – eine realistische Diagnose?

Im Allgemeinen verstehen wir unter einer „feudalen Gesellschaft“ eine Gesellschaft mit sehr starken Klassengrenzen, eine Gesellschaft, in der die Wechselwirkung zwischen ökonomischer Ungleichheit und anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit besonders stark ausgeprägt ist. Diese weiteren Dimensionen sozialer Ungleichheit betreffen oftmals nicht-materielle Aspekte wie Bildung, Gesundheit, verfügbare Zeit oder politische Grundfreiheiten, die aber typischerweise mit materieller Ungleichheit in Zusammenhang stehen. Die zentrale Frage dabei ist, wie stark dieser Zusammenhang ausfällt. Ein Beispiel hierfür wäre die Frage, ob das Bildungsniveau von Kindern vor allem vom Einkommen der Eltern abhängt oder ob es Institutionen und Vorkehrungen gibt, die diesen Zusammenhang abschwächen (wie etwa ein öffentlich finanziertes Schulsystem). Eine feudale Gesellschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sich die materiellen Ungleichheiten weitgehend ungehindert in anderen Dimensionen fortschreiben.

Ein bedeutendes Charakteristikum feudaler Gesellschaften ist dabei, dass sich ökonomische Ungleichheit auch in politische und rechtliche Dimensionen einschreibt: Die politische Gleichheit wird von der ökonomischen Ungleichheit

¹ Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Vortrags auf der 12. Österreichischen Armutskonferenz am 10. März 2020 in St. Virgil / Salzburg.

untergraben. Es ist daher nicht überraschend, dass es in feudalen Gesellschaften im Normalfall nicht der Adel war, der Steuern zahlte, sondern vor allem der „dritte Stand“ – also Bäuer*innen, Handwerker*innen und Händler*innen oder kurz: die einfachen Bürger*innen.

Wenn wir uns fragen: Ist Refeudalisierung ein legitimer Terminus, um gegenwärtige Entwicklungen zu beschreiben, dann würde ich das aus globaler Sicht oder mit Blick auf die Lage des globalen Südens sofort unterschreiben. An dieser Stelle möchte ich aber fragen: Ist das auch für entwickelte, für industrialisierte Länder eine legitime Diagnose?

Dafür werde ich in einem ersten Schritt der Frage nachgehen, was unter Refeudalisierung zu verstehen ist und was gegen die These einer Refeudalisierung eingewendet werden kann. Ich werde zwei Einwände vorstellen, die im Wesentlichen beide darauf hinauslaufen, dass Feudalisierung ein normaler, zu erwartender Prozess ist. Anschließend werde ich aufzeigen, warum diese Einwände zwar interessant sind, aber – wenn sie richtig interpretiert werden – sogar eher dafürsprechen, mehr über Refeudalisierung und die daran gekoppelten Konsequenzen nachzudenken.

An dieser Stelle möchte ich skizzieren, was ich unter Refeudalisierung verstehe. Refeudalisierung heißt für mich eine Polarisierung in Form stärkerer Klassegegensätze, die sich in größeren Machtasymmetrien widerspiegeln. Diese wiederum haben die Folge, dass es zu einer Divergenz, zu einem Auseinanderklaffen des rechtlichen Status unterschiedlicher Akteur*innen kommt oder auch dazu, dass sich die Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und anderen Dimensionen wie Gesundheit, Ressourcenverbrauch oder Anerkennung etc. verstärken. Hier werde ich ein Beispiel aus den USA bringen, einer Ökonomie, die wir als feudal bezeichnen können.

Feudalismus – was heißt das?

Feudalismus können wir allgemein als eine Gesellschaft mit starken Klassengrenzen verstehen. Wenn wir das historische Vorbild genauer betrachten, könnten wir sagen, dass feudale Gesellschaften von großer materieller Ungleichheit geprägt sind, die sich historisch vor allem in der ungleichen Verteilung von Land, Grund und Boden äußert. Diese Basisungleichheit übersetzt sich in der Folge in alle anderen Lebensbereiche. In Europa war diese materielle Ungleichheit an Landbesitz auch kulturell eingebettet durch ein wechselseitiges Treueversprechen, das zumindest formal existierte.

Die Ungleichheiten, die sich aus der ungleichen Verteilung von Land ergaben, spiegelten sich in anderen Bereichen wider: In der Gesundheit - die Lebenserwartung des Adels war wesentlich höher als jene des dritten Standes; in der Mitsprache - der dritte Stand musste seine politischen Mitspracherechte immer erst blutig erkämpfen; oder in der Bildung - bilden konnte sich nur, wessen Eltern es sich leisten konnten. Die Leibeigenschaft – der Körper der anderen als

Eigentum –, die in Österreich erst 1782 formal abgeschafft wurde, wäre dann eine ganz extreme Form dieser Ungleichheitsmaterialisierung..

Daraus wird verständlich, dass Feudalismus ein Kampfbegriff war. In der französischen Revolution war der Feudalismus das Symbol für die ständische Ordnung, die man abschaffen wollte.

Was heißt dies nun für die Wiederbelebung dieses Begriffs? Was heißt das für die Intention, die in dem Terminus der Refeudalisierung liegt? Das heißt, dass Refeudalisierung unter Umständen dann vorliegt, wenn sich materielle Ungleichheiten verstärken, wenn die Welt ungerechter wird und wenn die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Dimensionen der Ungleichheit zunehmen, etwa weil Kompensationsmechanismen in Form von sozialen Dienstleistungen, eines öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystems etc. ausfallen oder geschwächt werden. Schließlich bedeutet Refeudalisierung auch, dass stärkere Klassengrenzen dazu führen, dass die politische Gleichheit der Individuen praktisch in Frage gestellt wird.

Argumente gegen die These der Refeudalisierung

Ich möchte mit zwei typischen Einwänden gegenüber dieser These der Refeudalisierung beginnen. Der erste Einwand lautet: Es war schon immer so, es gibt keine Welt ohne Klassen, es gibt keine klassenlosen Gesellschaften. Das Argument, das man hier anführt, besagt, dass es seit der neolithischen Revolution, also seit der Sesshaft-Werdung des Menschen, seit der Entstehung von Produktion und Überschuss im engeren Sinne immer schon starke Klassengrenzen gab. Wir reden hier vom Übergang von Jäger- und Sammler-Gesellschaften zu produzierenden Gesellschaften, die Ackerbau oder Viehzucht betreiben. Das Argument lautet: Sobald es einen Produktionsprozess gibt, gibt es einen Überschuss. Sobald es einen Überschuss gibt, gibt es eine Aneignung und aus dieser Aneignung heraus entstehen Hierarchien und daraus Klassen. Wir können diese Entwicklung auch ein wenig genauer skizzieren: Es wird davon ausgegangen, dass mit der Etablierung der Landwirtschaft, mit der Etablierung produktiver Strukturen Überschüsse erwirtschaftet werden. Ein Überschuss bedeutet dabei, dass mehr produziert werden kann, als die Menschen zum Überleben benötigen. Hierbei stellen sich zwei Fragen: Einerseits, wie verteilen wir diesen Überschuss – wer darf sich diesen aneignen – und andererseits, wie bewahren wir diesen Überschuss auf, wie wird die Vorratshaltung organisiert? In der Geschichtswissenschaft würden wir diese beiden Probleme – Verteilung und Lagerung – mit der Entstehung von Klassen verbinden.

Für die historische Entwicklung des Menschen ist dies insofern von Bedeutung, als aus diesem Prozess wesentliche Institutionen wie Städte, Schrift und Währungen entstehen, also all das, was man heute als Kultur oder als Grundlage von Kultur, von Zivilisation versteht. Damit einher ging aber eben auch die Herausbildung sozialer Klassen. Aus der Vorratshaltung etwa, dort wo die Silos

sind, entstehen dann später auch die Tempel. In Verbindung mit alten Mythen entsteht daraus so etwas wie ein Priesterkaste.

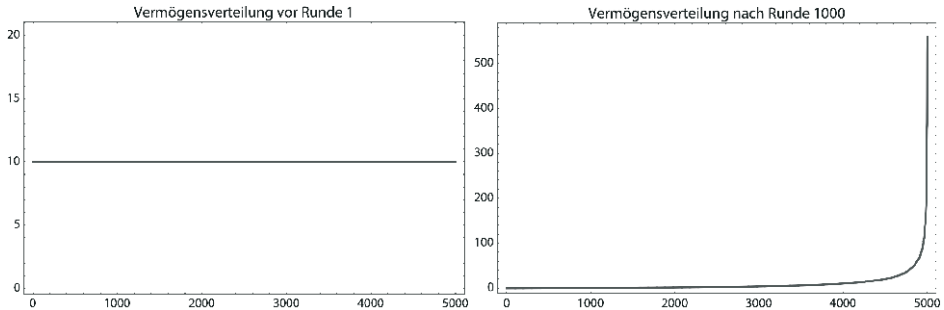
Auf der anderen Seite ist es bei der Verteilung so, dass sich typischerweise gewisse Klassen aufgrund arbeitsteiliger Spezialisierung bilden: Die einen produzieren, die anderen eignen sich die Produktion an. Letztere sind in sehr vielen Darstellungen am Anfang die Krieger. Es wird ein Überschuss produziert, der dazu führt, dass manche nicht mehr arbeiten müssen. Jene, die nicht mehr arbeiten müssen, werden bewaffnet, um zu erobern oder zu verteidigen. Das heißt, über beide Linien entsteht über diesen Überschuss jeweils eine neue Klasse und bringt so die Sesshaft-Werdung der Klassen in die Welt.

Diese Argumentation ist bis heute beständig. Warum sollte sie auf einmal verschwinden? Das Argument ist an sich spannend, auch insofern, als es empirische Evidenz dafür gibt (Borgerhoff-Mulder et al. 2009). Dafür hat man Gesellschaften untersucht, die am Übergang zwischen Jagen und Sammeln und Produzieren sind. Hier sehen wir: Es ist tatsächlich so, dass in jenen Gesellschaften, die einen Überschuss erwirtschaften, die materiellen Vermögensdimensionen, also die vererbten, gespeicherten Assets viel dominanter sind als andere Aspekte, die ebenso mitbestimmen, was wir zu tun vermögen, wie etwa soziale Netzwerke oder körperliche Fähigkeiten. Die materiell bestimmten Fähigkeiten sind typischerweise auch viel ungleicher verteilt und können eher über Generationen weitergegeben werden. Darum ist ein zentraler Outcome dieser Studie: Sobald es etwas gibt wie speicherbare und vererbare Assets, also materielle Vermögenswerte, nimmt die soziale Ungleichheit in menschlichen Gesellschaften massiv zu und es kommt zu einer Herausbildung von Klassen.

Wir sehen zweierlei: Einerseits stimmt es nicht, dass es immer schon Klassen gab. Wir haben mit der Subsistenzwirtschaft der frühen Menschheitsgeschichte ein klares Beispiel, an dem deutlich wird, dass der Mensch, historisch betrachtet, einer klassenlosen Gesellschaft bzw. Gemeinschaft entspringt. Die längste Zeit der Menschheitsgeschichte war klassenlos. Das starke Gegenargument ist nun tatsächlich: Seit es Zivilisation gibt, so wie wir diese heute verstehen, gibt es auch Klassen. In abgeschwächter Form ist das empirisch haltbar.

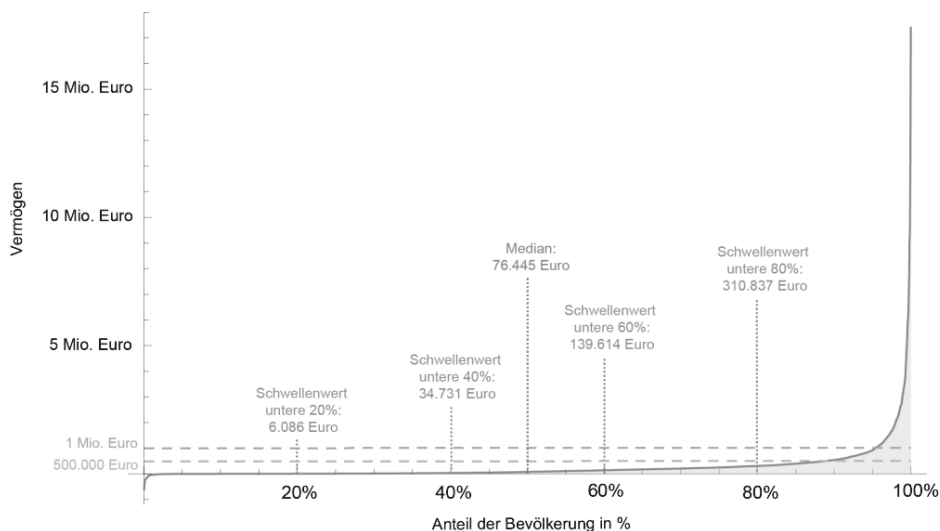
Mein zweites Beispiel ist nicht historisch, sondern kommt aus einer ganz anderen Perspektive. Mein zweites Beispiel für einen Einwand gegen die These der Refeudalisierung ist technisch. Wir spielen ein einfaches Spiel und nehmen dafür eine neunzig Jahre alte Gleichung als Ausgangspunkt. Diese Gleichung besagt im Wesentlichen: Sie haben ein Vermögen W , das müssen Sie anlegen, dann bekommen Sie eine Ertragsrate R und in der nächsten Runde haben Sie Ihr altes Vermögen plus das, was Sie dazu verdient haben. Ich habe dieses Spiel am Computer simuliert und die Ergebnisse unten dargestellt.

Nehmen wir einmal an, unsere fiktive Gesellschaft wäre anfangs so aufgebaut, dass wir 5000 Leute haben und jede*r dieser 5000 Menschen hat ein Vermögen von 10 Euro. Wenn wir das grafisch betrachten, sehen wir, dass dies eine perfekte Gleichverteilung ist.

Abb. 1: Verteilungsdynamiken und ein einfaches Spiel

Nun spielen alle 5000 Leute nach den gleichen Regeln jede Runde ein Spiel. Sie müssen Ihr Vermögen W hergeben und dann würfeln sie. Sie würfeln ganz zufällig Ihre Ertragsrate aus. In meinem Beispiel liegt die Ertragsrate immer zwischen -12 und $+12$ Prozent. Wenn wir dieses Spiel ein paar Runden spielen, sagen wir 1000 Runden, dann ist unsere Gleichverteilung verschwunden. Was wir bekommen, ist eine Potenzverteilung an der Spitze. Das heißt, wir finden eine Gesellschaft, in der ganz viele nichts haben und in der sehr wenige sehr viel haben. Das macht in diesem Fall der Zufall für uns. Dieses Argument wird öfter verwendet, um zu sagen: Selbst wenn für alle die Regeln gleich sind, selbst wenn alle dasselbe Spiel spielen und alle die gleiche Ausgangsposition haben, wird es eine starke Ungleichheit geben. Das ist eine mathematische Notwendigkeit. Das ist insofern interessant, als das Ergebnis von unserem Spiel tatsächlich ähnlich aussieht wie die österreichische Vermögensverteilung (oder die Vermögensverteilung jedes anderen Landes bzw. der gesamten Welt). Diese Form der Vermögensverteilung erscheint also nahezu universell.

Es ist charakteristisch für eine solche Vermögensverteilung, dass der obere Rand einen starken Einfluss auf das Gesamtergebnis – also auf das Gesamtvermögen, das Durchschnittsvermögen bzw. die Vermögensverteilung – nimmt. Der Umstand, dass wir in unserem Spiel eine Verteilung erhalten, die genauso aussieht wie die reale Verteilung, wird manchmal als Argument dafür verwendet, dass ungleiche Verteilung nicht zu vermeiden sei. Nun könnte man einwenden, in diesem Modell gebe es ja nur den Zufall, das sei ja nicht realistisch. Das ist korrekt. Das Problem ergibt sich allerdings aus dem Umstand, dass die Verteilung typischerweise noch ungleicher wird, wenn wir das Modell realistischer gestalten. Man könnte auch sagen, wenn es nur Zufall ist, dann gehe es ja gar nicht um Klassen – alle Ungleichheiten können sich ja im Laufe der Zeit wieder ändern. Dies stimmt aus einer abstrakten, mathematischen Perspektive auch, negiert aber die beschränkte Lebenszeit der Menschen. Wenn wir etwa annehmen, dass die simulierten Menschen Familien darstellen und eine in eine solche Familie geborene Person etwa fünfzig Perioden lebt, ändert sich diese Einschätzung: Wenn man in Periode 700 auf die Welt kommt, dann ändert der Zufall nicht mehr viel. Dann sind die Klassen schon fix eingerastet.

Abb. 2: Verteilungskurve für Vermögen in Österreich.

Die Grafik zeigt, wie das Vermögen in Österreich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verteilt ist. Das Spiel „reproduziert“ also die typische empirische Vermögensverteilung. Grafik: Eckerstorfer et al. (2013)

Was uns also diese beiden Einwände sagen, ist im Grunde Folgendes: Es war schon immer so, es ist normal, es muss so kommen. Die Brücke zwischen diesen beiden Einwänden wäre die temporale Stabilität der Vermögensverteilung, also dass die Zuordnung von Familien zu Arm und Reich über die Zeit stabil bleibt, dass es wenig oder keine soziale Mobilität gibt. Folgende Tabelle versucht diese Brücke zu schlagen. Diese Stabilität wird auch von empirischen Analysen untermauert, etwa in Analysen zur sozialen Mobilität in den USA und Europa, die beständig zeigen, dass es nicht nur schwierig ist, in der Verteilung weiter nach oben zu kommen, sondern auch darauf hinweisen, dass extrem reiche Personen und Familien kaum jemals genug Fehler machen können, um ihre privilegierte Position zu verlieren.

So zeigt etwa eine beispielhafte Analyse der Stadt Florenz, dass von den fünf einkommensstärksten Familien im Jahr 2011 drei bereits 600 Jahre zuvor zu den oberen 10% der einkommensstärksten Familien zählten. Diese Daten dienen dabei rein der Illustration – die dementsprechende Studie hat sich das klarerweise systematischer angeschaut. Dazwischen gab es viele Krisen, viele Kriege, viele politische Umstürze und trotzdem bleiben zentrale Aspekte der Verteilungssituation über Jahrhunderte vergleichsweise persistent (Barone / Mocetti 2016).

Ich habe diese Einwände deshalb hervorgebracht, weil sie spannend sind. Sie sind empirisch eigentlich gut belegt. Worum es geht, ist die Interpretation. Die Einwände überzeugen empirisch einigermaßen, wir können daraus lernen. Aber die Einwände überzeugen politisch ganz und gar nicht, nämlich dann nicht,

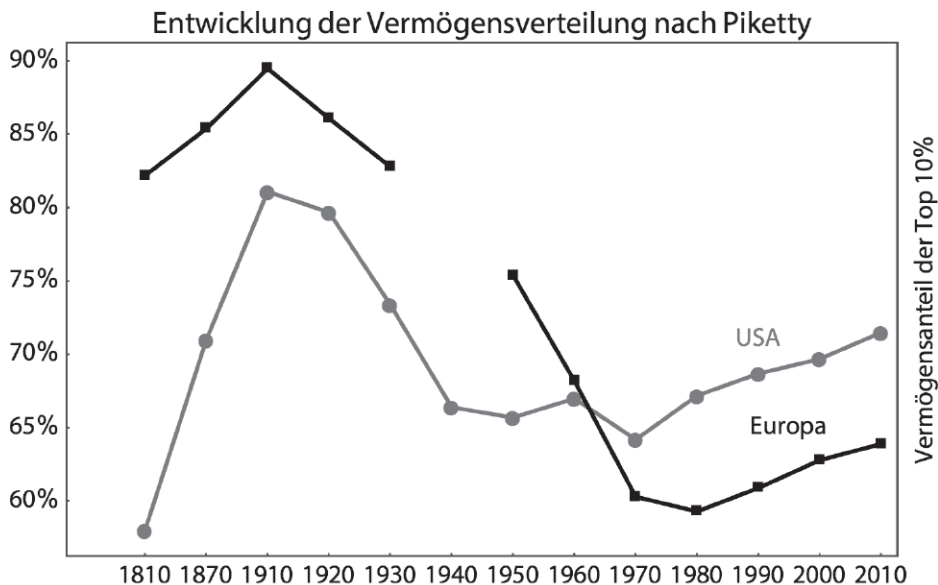
wenn wir Refeudalisierung wie in der Französischen Revolution als eine Gesellschaftskritik verstehen, die einen Veränderungsanspruch formuliert.

Einwände gegen die Einwände

Für die korrekte Beurteilung dieser Beobachtungen braucht es also auch einen Interpretationsschritt. Versteht man diese Beobachtungen als Einwände gegen die Diagnose der Refeudalisierung, so begeht man einen naturalistischen Fehlschluss. Ein solcher Fehlschluss versucht vom Sein auf das Sollen zu schließen. Das kann man machen, aber es ist logisch nicht gedeckt, da es, wie David Hume in „The Treatise of Human Nature“ (1978 [1739–1740]) betont, keine logische Brücke vom Sein zum Sollen gibt – im Gegenteil: Wenn wir es philosophisch reflektieren, können wir es umdrehen. Wir können sagen: Gerade wenn sich Klassen „natürlich“ ergeben, dann braucht es immer auch eine normative Rechtfertigung, die darlegt, warum wir diese Entwicklung akzeptieren sollten. Wir können daher diese „natürliche“ Entwicklung auch in Frage stellen. In dieser Hinsicht müsste man, gerade wenn Ungleichheit, wenn Klassengrenzen etwas sind, was sozusagen von selbst entsteht, umso dringender etwas dagegen tun. Das macht uns deutlich, dass unter Umständen eine einfache Reform nicht ausreicht, sondern dass es so etwas braucht wie einen permanenten Aktivismus für mehr Gerechtigkeit. Die zuvor angeführten empirischen Beobachtungen würden es dann erlauben, einen solchen Aktivismus auch systematisch zu begründen.

Beide Einwände – und das wäre mein zweiter Punkt – übersehen auch, dass es nicht nur auf die Frage ankommt, ob es Klassengrenzen gibt oder nicht, sondern auch darauf, wie diese ausgestaltet sind.

Der klassische Ökonom John Stuart Mill hat hierzu in „Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy“ (2008 [1848]) angemerkt, dass die Verteilung eine Sache menschlicher Institutionen ist. Wir haben es also in der Hand. Auch wenn wir vielleicht die Klassen nicht abschaffen können, können wir uns trotzdem überlegen, wie stark die Klassengrenzen ausfallen sollen und wie nachhaltig sie unsere Gesellschaft prägen dürfen. Wieder hilft uns hier der Blick in die Geschichte, der zeigt, dass dies ein entscheidender Punkt ist, weil die Ausgestaltung der Klassengrenzen über die Zeit nicht konstant war.

Abb. 3: Entwicklung der Vermögensverteilung in Europa und den USA

Die Grafik zeigt die Vermögensanteile der reichsten 10% der Bevölkerung in Europa und den USA im Laufe der Zeit. Grafik nach Piketty (2016).

Wenn man diese Grafik betrachtet, dann sehen wir hier vier wesentliche Phasen: Zunächst eine Phase extremer Ungleichheit, die bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges reicht. Das ist der Rest des alten Feudalismus, des ausgehenden Feudalismus, wenn man so will. Dann beobachten wir den Einfluss der Kriege und Krisen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die die Ungleichheit massiv reduzieren. Und danach sehen wir, zwischen ca. 1950 und 1980, das sogenannte „goldene Zeitalter“ des regulierten Kapitalismus, in dem die Ungleichheit in Europa weiter zurückgeht und in den USA zumindest konstant bleibt. Erst mit der neoliberalen Wende ab den 1980er Jahren kommt es wieder zu einer stärkeren Ungleichheit.

Das macht ganz deutlich: Natürlich haben wir diese Entwicklung in der Hand. Natürlich gab es auch in den 1960er Jahren Klassen, aber die sich daraus ergebenden sozialen Unterschiede waren ganz andere, sie waren viel weniger intensiv, und dementsprechend weniger intensiv sind auch die weiteren Folgen für die Gesellschaft.

Es macht übrigens keinen Unterschied, ob wir uns die Vermögensentwicklung ansehen oder die Einkommensverteilung, die die zweite wesentliche Dimension wäre. Das Grundmuster ist genau dasselbe: extreme Ungleichheit vor dem Ersten Weltkrieg, dann ein Rückgang, dann Stabilität und seit dem Neoliberalismus wieder ein Anstieg.

Diese Beobachtungen bilden übrigens den Ausgangspunkt für die Erzählung von Thomas Pikettys Buch „Kapital im 21. Jahrhundert“ (2016). Thomas Piketty sagt, was wir seit den 1980ern sehen, ist eine Wiederkehr des patrimonialen Kapitalismus, das heißt eines Kapitalismus, in dem die eigene soziale Stellung ganz wesentlich vom Patrimonium abhängt, wobei „Patrimonium“ nichts anderes bedeutet als das väterliche Erbe. Piketty sagt, wenn die Einkommens- und Vermögensungleichheit weiter steigt, dann könnten wir wieder ein Ungleichheits-Niveau wie vor dem Ersten Weltkrieg erreichen. Insbesondere wenn die Löhne langsamer wachsen als die Kapitalerträge, kommt es zu einer Entwertung der Arbeit und der soziale Status hängt dann wieder viel stärker von Erbschaften ab. Er illustriert das, indem er aufzeigt, dass im feudalen Frankreich die Summe der Erbschaften einen Gegenwert von 25% der jährlichen Produktion (= des BIP) ausmachten, während es nach dem Zweiten Weltkrieg nur mehr 4% waren. Seitdem nimmt die Bedeutung von Erbschaften wieder zu. Den aktuellen Daten zufolge sind wir sozusagen schon auf halber Strecke zurück zum Feudalismus.

In Pikettys Geschichte gibt es also einen Feudalismus im 18. und 19. Jahrhundert, der extrem ungleich ist, danach kommt es zu mehr Gleichheit durch Kriege und Krisen, aber auch durch ein „Window of Opportunity“ nach dem Zweiten Weltkrieg, das zu einem Ausbau des Sozialstaates, einem Ausbau der wirtschaftlichen Regulierung und einer Stärkung der Gewerkschaften führte. Dadurch wurde erstmals in der Geschichte sozialer Aufstieg auch durch abhängige Erwerbsarbeit möglich. Es gab dieses „Window of Opportunity“, das heißt, einen über 50-60 Jahre andauernden Prozess der Entfeudalisierung. Seit den 1970ern schließt sich dieses „Window of Opportunity“ wieder und es kommt zu einer Refeudalisierung.

Wir sehen, die These von Piketty ist die eines Übergangs von eher sozialdemokratisch geprägten Gesellschaftsformationen in den 1950er-, 1960er-Jahren hin zum heutigen Finanzkapitalismus, und dieser führt uns, wenn er so weitergeht, wieder in eine Verteilungsstruktur, wie wir sie im alten Absolutismus beobachten konnten.

Refeudalisierung als Polarisierung

Refeudalisierung kann daher als Polarisierungsprozess verstanden werden, als ein Prozess, der die soziale Spaltung der Gesellschaft verstärkt. Höhere materielle Ungleichheit bringt auch stärkere Machtasymmetrien in der Gesellschaft mit sich. Mit Vermögen geht immer eine doppelte Machtasymmetrie einher: Wenn ich mehr Vermögen habe, habe ich nicht nur einfach quantitativ mehr Geld zur Verfügung, sondern ich habe typischerweise auch mehr Handlungsmöglichkeiten.

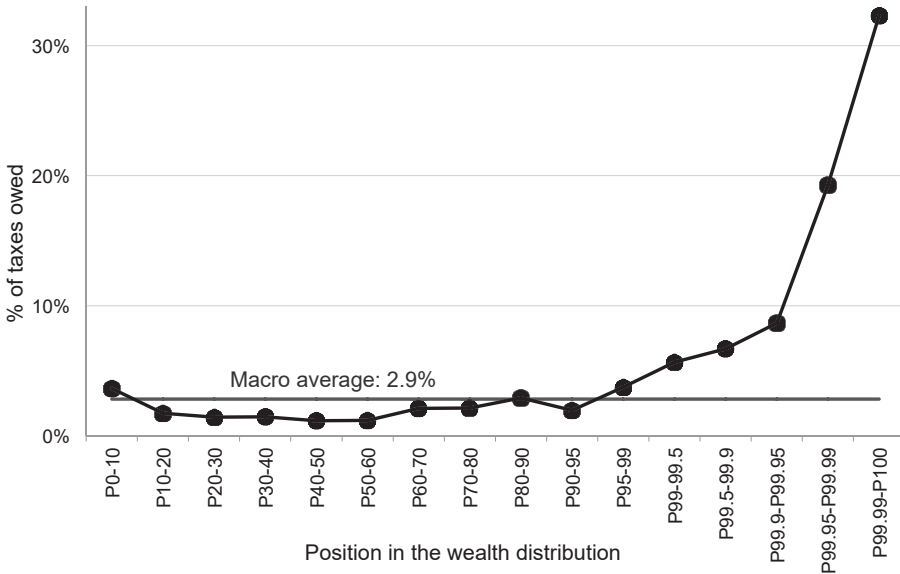
Abb. 5: Vermögensfunktionen – Materielle Ungleichheit und Machtverhältnisse



Mit ansteigendem Vermögen wächst tendenziell auch die Zahl der möglichen Vermögensfunktionen. Es entsteht ein doppeltes Machtgefälle, da sowohl die Verwendungsmöglichkeiten als auch die Machtfülle mit steigendem Vermögen wächst. Darstellung: Österreichische Nationalbank (2015)

Ich komme auf dieser Pyramide der Handlungsmöglichkeiten, die mir das Vermögen gibt, weiter nach oben. Einen Notgroschen zur kurzfristigen Absicherung haben 80% der Österreicher*innen. Einkommenserzielung aus Kapital ist hingegen nur mehr für etwas weniger als ein Fünftel der Bevölkerung in nennenswertem Ausmaß möglich. Das ist immer eine doppelte Asymmetrie, nicht nur mehr an Geld, sondern auch ein größeres Spektrum an Einsatzmöglichkeiten, ein Mehr an Handlungsdimensionen, innerhalb derer ich diese Geldmittel zum Einsatz bringen kann.

Daran schließt sich schließlich ein Punkt an, den ich schon zu Beginn benannt habe. Dieser besagt: Das Grundprinzip „gleiches Recht für alle“ gilt nicht mehr oder nur noch eingeschränkt. Und genau wie im alten Feudalismus vor vierhundert Jahren sehen wir das am klarsten bei der Frage der Besteuerung.

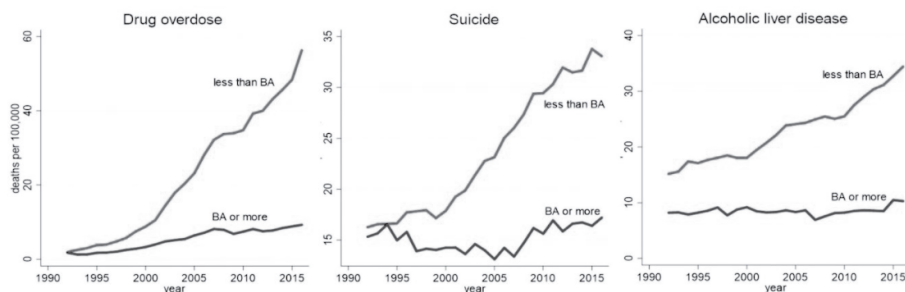
Abb. 6: Steuervermeidung unterschiedlicher Vermögensgruppen

Die Grafik zeigt den Anteil an hinterzogenen Steuern entlang der Vermögensverteilung in Dänemark, Norwegen und Schweden. Grafik: Alstadsater et al. (2018: 38).

Es zeigt sich, der*die Durchschnittsbürger*in hinterzieht rund 3% seiner*ihrer Steuern. Am oberen Rand der Verteilung sind es allerdings durchschnittlich 30% – diese Asymmetrie macht evident, dass der Grundsatz „gleiches Recht für alle“ heute nicht mehr, oder nur mehr eingeschränkt, gültig ist.

Mein abschließender Punkt bezieht sich auf die Wechselwirkung zwischen verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit. Es gäbe eine mannigfaltige Zahl an relevanten Beispielen, aber ich werde mich im Folgenden auf die Wechselwirkung zwischen Einkommen und Gesundheit am Beispiel der USA fokussieren.

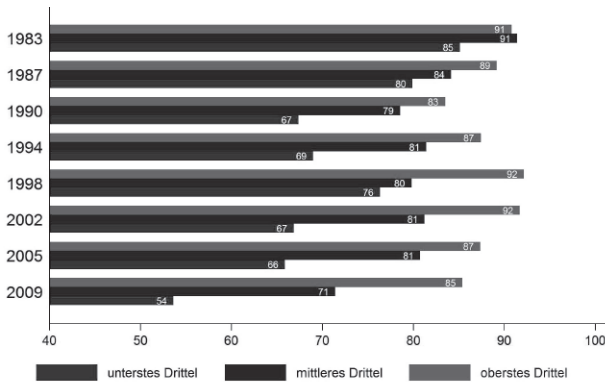
In den USA steigt die Ungleichheit in der Lebenserwartung massiv an: Reiche haben steigende Lebenserwartung, arme Menschen haben sinkende Lebenserwartung. Dabei sind interessanterweise Verzweiflung und Selbstaufgabe zentrale psychologische Verstärker; man spricht auch von den „Deaths of Despair“, also den „Todesfällen aus Verzweiflung“. Die Lebenserwartung bei den ärmeren Gruppen geht so stark zurück, dass es für drei Jahre lang sogar zu einem Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung in den USA kam. Das gab es zum letzten Mal während des Ersten Weltkrieges. Nun hat man sich auf die Suche nach Daten gemacht, welche die Ursachen für den Rückgang der Lebenserwartung in den USA erklären. Eine dieser zentralen Ursachen liegt in den gerade erwähnten „Deaths of Despair“ (Case / Deaton 2020). Die folgende Grafik zeigt die Zeitreihen.

Abb. 7: Der Zusammenhang von sozialem Status und „Todesfällen aus Verzweiflung“

Die Grafiken zeigen den Anstieg der Todesfälle in den USA (pro 100.000 Einwohner) an einer Drogen-Überdosis, Selbstmord und alkoholbedingten Lebererkrankungen unterschieden nach Bildungsabschluss (mit College-Abschluss oder ohne).

Unter „Deaths of Despair“ – Todesfälle aus Verzweiflung – versteht man Suizid, Tod aufgrund von Drogen- oder Medikamentenüberdosis und Todesfälle aufgrund von langfristigen Alkoholerkrankungen. Wir sehen, wie insbesondere bei Menschen ohne College-Abschluss, die am US-amerikanischen Arbeitsmarkt relativ wenig Chancen haben, seit den 1980er-Jahren diese Raten explodieren, sodass in manchen Jahrgängen schon über 1% der amerikanischen Bevölkerung aufgrund von „Deaths of Despair“ aus dem Leben scheidet. Wir sehen auch, dass dies eine Entwicklung ist, die erst vor 20 bis 30 Jahren mit Vehemenz eingesetzt hat.

Es gibt also eine psychologische Dimension des Ganzen, die extrem essentiell ist, wenn man verstehen will, was hier eigentlich passiert und wie die Lebensrealität der Menschen dahinter aussieht. Wenn die Verzweiflung regiert – ich behaupte, es sind mehr Leute verzweifelt, als dann tatsächlich einen „Death of Despair“ erleiden –, dann sinkt das Vertrauen in die politischen Institutionen. Dies lässt sich auch mit europäischen Daten zeigen, etwa für Deutschland.

Abb. 8: Wahlbeteiligung und Einkommensverteilung in Deutschland

Die Grafik zeigt die Wahlbeteiligung nach Einkommenshöhe, grob aufgeschlüsselt in oberes, mittleres und unteres Einkommensdrittel. Grafik: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (2014)

Wir sehen, dass sich das einkommensstärkste Drittel weiterhin an Wahlen beteiligt, das einkommensschwächste Drittel sich jedoch schön langsam verabschiedet von dem, was manchmal abwertend als „das System“ bezeichnet wird (vgl. hierzu auch den Beitrag von Martina Zandonella in diesem Band).

Erhebungen belegen außerdem, dass sich AfD-Wähler*innen im Schnitt unter den Personen mit den geringsten Einkommen befinden. Warum? Weil diese Menschen genau jene sind, die vom Status quo enttäuscht sind und eine Alternative suchen zu einem System, von dem sie sich im Stich gelassen fühlen.

Dieser Vortrag versucht also zu zeigen, dass steigende ökonomische Ungleichheit zu einer Refeudalisierung führen kann – und zwar vor allem dann, wenn sich diese steigende Ungleichheit auch in anderen Lebensbereichen wie Gesundheit, Bildung oder Demokratie zu materialisieren beginnt. Steigende Ungleichheit und die damit verbundene Refeudalisierung stellen eine Gefahr für die Demokratie dar – und zwar genau so lange, bis wir uns dazu entscheiden, diesen Prozess durch entsprechende politische Entscheidungen und Weichenstellungen zu beenden. Es bleibt dabei nicht nur zu hoffen, dass wir als Gesellschaft zu solchen Entscheidungen finden, sondern auch, dass der Weg zu diesen Entscheidungen rasch genug beschritten wird. Ansonsten kommen diese vielleicht gar nicht mehr auf demokratischen Wege zustande, sondern durch die Hand einer mehr oder weniger wohlwollenden autokratischen Führungselite. Das hatten wir schon mal – gut ausgegangen ist es nicht.

Jakob Kapeller (www.jakob-kapeller.org) ist Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Leiter des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (www.icae.at) an der Johannes Kepler Universität Linz.

Mögliche Quellenangabe

Kapeller, Jakob (2020): Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie. Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen in demokratische Institutionen. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 55–68.

www.armutskonferenz.at/files/kapeller_refeudalisierung-als-gefahr-fuer-demokratie_2020.pdf

Literatur

Alstadsater, Annette / Johannesen, Niels / Zucman, Gabriel (2018): Tax Evasion and Inequality. Online: <https://gabriel-zucman.eu/files/AJZ2017.pdf> [Zugriff: 11.08.2020].

Borgerhoff-Mulder, Monique / Bowles, Samuel / Hertz, Tom et al. (2009): Intergenerational Wealth Transmission and the Dynamics of Inequality in Small-Scale Societies. In: *Science* 326, S. 682–688.

Barone, Guglielmo / Mocetti, Sauro (2016): What's your (sur)name? Intergenerational mobility over six centuries. Online: <https://voxeu.org/article/what-s-your-surname-intergenerational-mobility-over-six-centuries> [Zugriff: 11.08.2020].

Case, Anne / Deaton, Angus (2020): Deaths of Despair and the Future of Capitalism. Princeton University Press: Princeton.

Eckerstorfer, Paul / Halak, Johannes / Kapeller, Jakob et al. (2013): Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 122. Arbeiterkammer Wien.

Hume, David (1978 [1739-1740]): The Treatise of Human Nature. Oxford University Press: Oxford.

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (2014): Wahlbeteiligung und Nichtwähler in Deutschland. Online: https://www.mpifg.de/projects/demokratie/grafik_wahlbet_nichtwaehler.asp [Zugriff: 11.08.2020].

Mill, John Stuart (2008 [1848]): Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy. Oxford University Press: Oxford.

Österreichische Nationalbank (2015): Vermögenskonzentration: Erbschaften sind der Schlüssel. Online: <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Forschung/vermoegenskonzentration-erbschaften-sind-der-schluessel.html> [Zugriff: 11.08.2020].

Picketty, Thomas (2016): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.